

➔ **VN INTERVIEW.** Dr. Hannes Androsch, Finanzminister a. D. der Ära Kreisky

Steuern sind kein Wundermittel

Hannes Androsch: Man kann nicht verteilen, was man nicht erwirtschaftet hat.

Der frühere Finanzminister und Vizekanzler Dr. Hannes Androsch nimmt im Gespräch mit den VN zur den aktuellen politischen Fragen Stellung. Wie beurteilen Sie die jüngsten Steuervorschläge der SPÖ?

DR. HANNES ANDROSCH: Man muss erst einmal sehen, was die ganze Bundesregierung macht. Einzelne Vorschläge möchte ich nicht kommentieren.

Wäre eine Ökologisierung der Steuern, wie sie von der ÖVP gefordert wird, in Anbetracht des Klimawandels nicht längst fällig?

DR. HANNES ANDROSCH: Das Steuersystem hat als erstes die Aufgabe, die notwendigen finanziellen Mittel für öffentliche Aufträge, Güter und Dienstleistungen zu beschaffen. Das muss möglichst effizient und schonend gemacht werden, damit Investitionen und Innovationen so wenig wie möglich betroffen werden. Aber die Steuer ist kein Steuerungsmittel für alles und jedes und kein Wundermittel. Wenn man den Bau eines Wasserkraftwerkes nicht zulässt, dann hilft uns auch ein ökologisiertes Steuersystem nicht.

Von der Regierung wird ständig nur über neue Steuerbelastungen debattiert, das Einsparvolumen einer längst überfälligen Verwaltungsreform wäre laut Experten hingegen deutlich größer.

DR. HANNES ANDROSCH: Schon seit Langem besteht die Notwendigkeit der Modernisierung des öffentlichen geschützten Bereichs. Hier liegt ein riesiges Potenzial von Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen. Der Rechnungshof und das Wirt-



Hannes Androsch sieht für die nächsten Jahre keine Inflationsgefahr.

FOTO: ZELHOFFER

schaftsforschungsinstitut sagen, die Einsparungsmöglichkeiten liegen bei elf Milliarden Euro. Wahrscheinlich sind es aber sogar deutlich mehr.

Was ist die Ursache, dass die SPÖ in der Wählergunst momentan so schlecht dasteht?

DR. HANNES ANDROSCH: Die Ursache liegt darin, dass offenbar das Politikangebot nicht die gewünschte Zustimmung findet. Was zu ändern ist, das müssen sich die Verantwortlichen fragen und darauf Antworten finden. Wenn beispielsweise bei den Vorarlberger Landtagswahlen propagiert wird „Stark sein für die Schwachen“ und dafür nur rund zehn Prozent stimmen, dann müssen sich die Verantwortlichen wohl fragen, ob das Angebot richtig war. Wenn man den Wählern nicht sagen kann, wie man das erwirtschaftet, was man verteilen will, dann ist das Ganze nicht extrem glaubwürdig.

Wo liegt die Zukunft der Sozialdemokratie?

DR. HANNES ANDROSCH: Im Finden von zeitgemäßen Antworten auf die heutigen Fragen. Es ist jetzt 40 Jahre her, dass Kreisky Bundeskanzler wurde. Damals hat man die richtigen Antworten auf die vorherrschenden Probleme gefunden. Es war kein Zufall, dass das erste, das damals umgesetzt wurde, das Wirtschaftsprogramm war. Denn ohne wirtschaftliche Kompetenz ist alles andere nicht glaubhaft. Die beste Sozialpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik, weil man nicht verteilen kann, was man nicht erwirtschaftet hat. Bei 4,4 Mill. Pkws löst man kein Problem, indem man die 10.000 teuersten Autos besteuert. Das bringt weder ökologisch, fiskalisch noch verkehrspolitisch etwas.

Zur Verwaltungsreform. Eine solche muss aus Gründen der notwendigen Einsparungen rasch vor sich gehen. Ist eine

schnelle Einigung überhaupt realistisch?

DR. HANNES ANDROSCH: Die Krise hat die Notwendigkeit zu handeln beschleunigt. Nur mit punktuellen zusätzlichen Belastungen wird das Problem nicht zu lösen sein, gibt es also auch keine Budgetkonsolidierung. Wir haben eine riesige Ungleichbehandlung zwischen dem geschützten und dem ungeschützten Sektor. Nehmen Sie die Hacklerregelung. Sie wird kaum von Hacklern in Anspruch genommen, sondern von Beamten und höheren Angestellten. Das Bundesheer hat 24.000 Personen im Verwaltungsbereich, die Schweiz 8000, das ist eine Sache des Dienstrechts, das geändert gehört. Der Großteil der Verwaltung ist aber bei den Ländern. Die haben insgesamt doppelt so viele Verwaltungsbeamte wie der Bund.

Sie sprechen von einem fehlgeleiteten Föderalismus in Österreich. Welche Verbesserungs-

ungsvorschläge haben Sie?

DR. HANNES ANDROSCH: Der Föderalismus in Österreich gehört modernisiert, weil mit der bestehenden Art sehr viel Geld verschwendet wird, das wir für die Zukunft brauchen, etwa für die Universitäten. Denken Sie nur an die Schulbürokratie oder an die vielen Krankenhäuser, die rein aus Gründen der medizinischen Versorgung nicht nötig wären. Auch ein Militärkommando in jeder Landeshauptstadt ist überflüssig. Wir steuern mit einer mathematischen Wahrscheinlichkeit von 100 Prozent auf einen fiskalischen Eisberg zu. Nicht wegen der Krise, die hat das alles nur verschärft.

Die Gespräche über die Flexibilisierung der Arbeitszeit in der Metallindustrie sind zumindest vorerst gescheitert. Ist der Vorschlag der Gewerkschafter nach einer Arbeitszeitverkürzung sinnvoll?

DR. HANNES ANDROSCH: Wir werden ab 2014 aus der gegebenen Altersstruktur heraus einen Mangel an Arbeitskräften haben. Dann gehen mehr Leute in Pension als nachrücken. Dem begegnet man nicht mit einer Arbeitszeitverkürzung. Mehr Ausländer wollen wir auch nicht, wobei aber die Frage ist, ob wir sie überhaupt noch bekämen. Die Qualifizierten haben wir ja ferngehalten. Die Rechnung wird uns ab 2014 präsentiert. Auf der anderen Seite steigt die Arbeitslosenzahl, also irgendetwas läuft da bei den Umschulungen und Vermittlungen nicht optimal.

Immer mehr Leute haben Angst vor einer Inflation. Wie groß ist die Gefahr?

DR. HANNES ANDROSCH: Für die nächsten Jahre sehe ich keine Inflationsgefahr. Akut ist aber die Gefahr einer weiter steigenden Arbeitslosigkeit, weil die Erholung noch nicht greift. **VN-EE**